

**Anwesend waren
vom Beirat**

Peter Rüdel
Elfi Siegel
Rainer Stadtwald
Harald Deerberg
Angelika Wunsch
Steffen Eilers
Alexia Sieling
Sabine Wohlers
Andreas Mackeben
Birgit Menz
Peter Kadach
Michael Jonitz
Daniel de Olano

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Frau Dr. Rose Sozialressort – Junge Menschen und Familie
Herr Kuhlmann Sozialzentrum Mitte/ Östliche Vorstadt

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Tagesordnung:

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Vorstellung der Planungen für das Kindergartenjahr 2011/2012
Sofortmaßnahmen zur Unterbringung von KiTa-Kindern zum Sommer 2011
Provisorische Einrichtung auf dem Klinikgelände an der Friedrich-Karl-Straße
auf der freien Fläche zwischen Gesundheitszentrum und Bunker
3. Aktuelles
 - Sachstand zum Bürgerbeteiligungsverfahren Gelände Klinikum Mitte
(Termin für die Auftaktveranstaltung)
4. Mitteilungen des Beiratssprechers und des Ortsamt
5. Verschiedenes

TOP 1

Mobilitätsmanagement Krankenhaus

Ein Bürger aus dem Peterswerder spricht erneut das Mobilitätsmanagement für das Krankenhausgelände an. Er bittet um Information, wann dieser Punkt im Beirat beraten werde. Herr Bücking teilt mit, dass das Klinikum Mitte augenblicklich mit der Umsetzung des Krankenhausneubaus beschäftigt sei. Das Krankenhaus sei aber beauftragt, sich um die Angelegenheit zu kümmern, zumal die Stellplatzfrage Bestandteil des Bauantrages sei. Er werde nachfragen, aber ein verbindlicher Beratungstermin sei noch nicht anberaunt.

Bauvorhaben Rewe-Ziegenmarkt

Nachbarn, Viertel-Aktivistinnen und Vertreter des Jugendhauses „Die Frieze e.V.“ haben sich zu einer Bürgerinitiative Ziegenmarkt 21 zusammengeschlossen. Die Initiative fordert den sofort-

tigen Baustopp und die Einrichtung eines Runden Tisches. In einer ersten Aktion habe man innerhalb von 3 Stunden 250 Unterschriften gegen das Bauvorhaben gesammelt.

Auch das Jugendhaus „Die Friese e.V.“ befürchtet massive Nutzungseinschränkungen durch den geplanten Neubau am Ziegenmarkt. In der geplanten Nutzungsänderung von Geschäftshaus zu einem Wohn- und Geschäftshaus sieht der Verein ein großes Konfliktpotential.

Für ihr Treffen am 15.3.2011 im Fundamt hat die BI 4 Fragen formuliert und bittet den Beirat um Beantwortung.

Herr Bücking nimmt Stellung zu den Fragen:

1. Ein Beweissicherungsverfahren sei vom Bauherrn zugesagt.
2. Bei dem Bauwerk handle es sich um eine Aufstockung. Die vorhandenen Stellplätze werden angerechnet.
3. Für Ausgleichszahlungen an betroffene Geschäftsleute durch Finanzeinbußen gebe es keinen öffentlichen Hebel. Das muss mit dem Bauherrn ausgehandelt werden. Eine Zusammenkunft habe bereits stattgefunden.
4. Die baurechtlichen Vorgaben seien gemäß § 34 BauGB eingehalten, so dass die Baubehörde die Bauerlaubnis erteilt habe. Der Bauherr sei nicht bereit gewesen einen Architektenwettbewerb auszuschreiben.

Von einem unmittelbaren Eigentümer an der Friesenstraße/ Ecke Wielandstraße wird mitgeteilt, dass er eine Anwaltskanzlei beauftragt habe, um die Bauerlaubnis überprüfen zu lassen.

Ein Vertreter des Jugendhauses Friesenstraße bezieht sich auf die Abbrucharbeiten und mögliche asbesthaltige Materialien, die nicht sachgemäß entsorgt worden seien. Das Ortsamt wird den Verdacht überprüfen lassen.

Von Beiratsmitgliedern wird erneut deutlich gemacht, dass die Planung für das Rewe-Gebäude auch im Beirat nicht auf Zustimmung stoße. Bereits im Herbst letzten Jahres habe man sich mit dem Bauherrn zusammengesetzt, um mit ihm die Planung zu diskutieren und ihn von der Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs zu überzeugen. Leider habe sich der Beirat nicht durchsetzen können.

Der Beirat unterstützt die Gründung eines Runden Tisches, um Fragen wie Bausicherungsverfahren und Stellplatzfrage zu klären.

Der von Herrn Mackeben formulierte Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen:

Der Beirat bekräftigt seinen Beschluss vom 14.9.2011. Der Beirat teilt die Bedenken der Anwohner und fordert den Bauherrn auf, mit den Anwohnern im Rahmen eines runden Tisches mit Bauordnung, Ortsamt und Beirat Lösungen für die als problematisch empfundenen Konflikte zu suchen.

Herr Stadtwald spricht das Baufeld rund um den Ziegenmarkt an. Um mögliche Schäden an dem Straßenpflaster nach Beendigung des Baues zu dokumentieren müsse vorher dringend eine Beweissicherung durch das Amt für Straßen und Verkehr erfolgen.

Das Ortsamt wird beim ASV nachfragen.

Planung Krankenhausgelände – Neues Hulsberg-Viertel

Eine Gruppe von Planern „Die Klinikumfreunde“ beschäftigt sich seit einem halben Jahr mit der Gestaltung des Klinikumgeländes. Ihre Vorstellungen und Gedanken möchten sie gern im Beirat bekannt geben und verteilen eine Ideenskizze in der Versammlung.

TOP 2

Frau Dr. Rose und Herr Kuhlmann informieren über den aktuellen Stand zur Planung einer Kindertagesbetreuungseinrichtung auf dem Gelände des Klinikums Mitte – freie Fläche an der Friedrich-Karl-Straße.

Der Bedarf an mehr Betreuungsplätzen für 3-6 jährige Kinder sei im Stadtteil Mitte/Östliche Vorstadt stark gestiegen. Die vorhandenen Kapazitäten reichen nicht aus, um die Kinder unterzubringen. Im Jahre 2013 sei mit 724 Kindern in der Östlichen Vorstadt und mit 373 Kindern in Mitte auszugehen. Die Steigerung der Nachfrage sei unstrittig, insbesondere auch angesichts der prognostizierbaren Steigerungsraten in den nächsten zwei Jahren. Nachdem die Prüfung einer erhöhten Auslastung der vorhandenen Einrichtungen oder auch der Neubau im Geteviertel erfolglos gewesen sei, ergebe sich nun die Möglichkeit temporär eine Einrichtung auf dem Gelände des Klinikums zu errichten.

Bei einem Abgleich unter den bestehenden Einrichtungen können zum nächsten Kindergartenjahr 26 Kinder im Bereich Mitte, 21 Kinder in der Östl. Vorstadt, 39 Kinder in Schwachhausen und 46 Kinder in Hemelingen nicht untergebracht werden.

Deshalb sei Immobilien Bremen beauftragt die Planung für einen Modulbau zur Betreuung von maximal 100 Kindern (5 Gruppen mit je 20 Kindern) auf dem freien Grundstück an der Friedrich-Karl-Straße zu entwickeln.

Die Kosten /Leasing der Modulbauten belaufen sich auf ca. € 300.000, hinzu kommen noch Kosten für die Herrichtung des Geländes.

Die Trägerschaft für die Zwischenlösung in der Zeit von Herbst 2011 bis 2014 sollte ursprünglich eine der beiden Kindertagesstätten (Betty-Gleim-Haus oder Im Viertel) übernehmen. Aufgrund der Kritik der freien Träger sei nun kurzfristig entschieden worden, ein Ausschreibungsverfahren (Interessenbekundungsverfahren) durchzuführen. Der Unterausschuss der Deputation werde dann entscheiden.

Bei Aufstellung der Modulbauten seien 4 Bäume betroffen. Über die Fällung soll im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens entschieden werden.

Frau Gerking, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtsverbände begrüßt grundsätzlich den Bau, kritisiert aber die späte Behandlung, wenn der Bedarf bereits im April letzten Jahres bekannt gewesen sei. Unter vier Trägern gebe es nun Überlegungen sich für die Trägerschaft zu bewerben.

Frau Dr. Rose erwidert, dass erst im November 2010 die erforderlichen Mittel im Parlament im Nachtragshaushalt bewilligt worden seien.

Eine Bewohnerin aus der Straße Sorgenfrei spricht sich gegen das Fällen von Bäumen aus. Die Modulbauten stehen nur für eine begrenzte Zeit, dafür dürfen keine Bäume geopfert werden.

Die Vertreterinnen der Einrichtung Arche Kunterbunt (in unmittelbarer Nähe Am Schwarzen Meer) fühlen sich nicht ausreichend informiert und beteiligt. Das weitere Verfahren müsse mehr Transparenz zeigen.

Herr de Olano begrüßt, dass eine schnelle Lösung durch das Sozialressort gefunden worden sei und 100 Plätze an einem zentralen Ort geschaffen werden, ohne dadurch bestehende Einrichtungen zu belasten. Bei den weiteren Planungen müssen die Beiräte aber frühzeitig mit eingebunden werden, was in diesem Fall erst sehr spät passiert sei.

Die Frage der Trägerlösung sei bedenklich und im Sinne der bestehenden freien Träger nicht fair abgelaufen. Das Verfahren sollte für die Zukunft verbessert werden.

Herr Kadach begrüßt ebenfalls die Einrichtung von weiteren Betreuungsplätzen. Im Vergabeverfahren hätten die Träger aber eher berücksichtigt werden müssen.

Herr Rüdell freut sich über steigende Kinderzahlen im Stadtteil.

Aber bereits im Jahre 2008 seien die Zahlen für den Bedarf an Betreuungsplätzen ab diesem Jahr bekannt gewesen! Warum seien die Beiräte nicht früher mit einbezogen worden?

Ein vernünftiges Ausschreibungsverfahren unter Beteiligung der freien Träger müsse nun organisiert werden.

Da sich nach Ablauf des Provisoriums im Jahre 2014 der Träger wechseln könnte, müssen nach Meinung von Frau Menz, die zukünftigen Eltern der neuen Einrichtung über einen Trägerwechsel im Vorfeld informiert werden.

Zum Verfahren erläutert Frau Kummer, SPD-Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, dass die Mittel für die Schaffung von weiteren KiTa-Plätzen im Herbst 2010 bewilligt worden seien. Erst mit dieser Entscheidung habe die Behörde „los legen“ können. Im Stadtteil freue man sich über steigende Kinderzahlen, nun müsse man zu langfristigen Lösungen kommen.

Nach Auffassung von Frau Sieling sei es wichtig, dass jetzt eine Ausschreibung erfolge. Eine Kontinuität im Sinne der Eltern und Kinder müsse gewährleistet sein.

Herr Jonitz beantragt den Antragstext um folgenden Satz zu ergänzen: Der Beirat fordert eine Interessenbekundung und eine ausreichende Information über das Verfahren.

Frau Wunsch fragt nach dem Verfahren in den kommenden Jahren. Was sagen die Zahlen der im Stadtteil lebenden Kinder aus und wie werde die Sozialbehörde darauf perspektivisch reagieren.

Entscheidung Beirat:

Der vorliegende Beschlussvorschlag wird in zwei Punkten modifiziert und einstimmig beschlossen:

Sofortprogramm der Sozialbehörde zur Sicherung der Versorgung mit KiTa-Plätzen.

Errichtung einer provisorischen KiTa auf dem Klinikgelände.

1.

Die Zahl der Kinder in der Östlichen Vorstadt und Mitte nimmt zu. Die Sozialbehörde prognostiziert einen zusätzlichen Bedarf von fast hundert KiTa-Plätzen für die 3 bis 6 jährigen in diesem Jahr. Druck auf die Plätze entsteht auch durch eine zusätzliche Nachfrage aus Schwachhausen. Wenn das neue Quartier auf dem Klinikgelände bebaut und bewohnt wird, wird sich absehbar diese Entwicklung verstärken. Die Sozialbehörde hat auf diese offenkundige Entwicklung spät reagiert.

2.

Jetzt bleibt wenig Zeit die nötigen Plätze zu schaffen, auf die die Eltern einen Rechtsanspruch haben. Das Sozialressort schlägt deshalb die Errichtung einer provisorischen KiTa aus Mobilbauten auf dem Klinikgelände zwischen Friedrich-Karl-Straße und der alten Dermatologie vor.

3.

Bedingt durch die Kurzfristigkeit sieht der Beirat für die Kinder und ihre Eltern zu diesem Vorgehen jetzt keine Alternative mehr und wird deshalb diesen Weg konstruktiv begleiten, so gut es eben geht.

4.

Es muss aber allen Beteiligten bewusst sein, dass es sich bei dieser KiTa um ein zeitlich befristetes Provisorium handelt. Dieses Provisorium bezieht sich auf den Standort, die baulichen Strukturen, den Träger und das Konzept. Der Beirat hält es aber für unerlässlich, die Frage einer KiTa, überhaupt das Thema „Kinder und Bildung“ in dem zukünftigen Quartier zum Bestandteil des Planungs- und Beteiligungsprozesses zu machen, der jetzt beginnt. Die Sozialbehörde sagt zu, dass sie diesen Prozess nach Kräften unterstützen wird.

5.

Die Sozialbehörde hat alle Verträge für die provisorische KiTa auf drei Jahre befristet. Der Beirat hält es für richtig, spätestens in zwei Jahren den zukünftigen Träger für die Errichtung

und den Betrieb der endgültigen KITA auszuwählen, um einen langfristigen Partner für den gemeinsamen Planungs- und Beteiligungsprozess zu haben. Es ist sicherzustellen, dass die Eltern über die Entwicklung informiert werden.

6.

Der Beirat bittet die Sozialbehörde um eine schriftliche Bestätigung, dass die in diesem Beschluss aufgeführten Punkte unstrittig sind.

7.

Der Beirat fordert eine Interessenbekundung und eine ausreichende Information über das Verfahren.

Der Beirat erwartet, dass die Sozialbehörde alles dafür tut, dass die dramatisch kurzen Planungszeiten nicht auf Kosten der Kinder gehen.

TOP 3

Rettungssicherheit im Viertel

Die Markierungsarbeiten im südlichen Steintor beginnen in Kürze.

Aus aktuellem Anlass (Wohnungsbrand in der Wendtstr./Feldstr.) werden die Beiratsmitglieder gebeten, die erstellten Informationen zur Rettungssicherheit wie Flyer etc. im Viertel zu verteilen.

Die weiteren Tagesordnungspunkte werden vertagt.

Vorsitz:

Sprecher:

Protokoll:

Bücking

Rüdel

Freudenberg